

Horst Ehmke Karlheinz Koppe
Herbert Wehner (Hrsg.)

Zwanzig Jahre Ostpolitik Bilanz und Perspektiven

Mit Beiträgen von
Hans Apel, Georgi Arbatow, Egon Bahr,
David Binder, Willy Brandt, Wilhelm Bruns,
Dieter Dettke, Marian Dobrosielski, Horst Ehmke,
Hans-Dietrich Genscher, Peter Glotz,
Helga Haftendorn, Gyula Horn, Hans-Adolf Jacobsen,
Karlheinz Koppe, Jürgen Nötzold, Daniel Proektor,
Jesco von Puttkamer, Christoph Royen,
Helmut Schmidt, Max Schmidt, Jürgen Schmude,
Theo Sommer, Berndt von Staden, Josef Stingl,
Mátyás Szűrös, Hans-Jochen Vogel, Heinrich Vogel,
Ryszard Wojna

Verlag Neue Gesellschaft

Die Manuskripte dieses Buches
wurden im Frühjahr 1986 abgeschlossen.



ISBN 3-87831-441-8

Copyright © 1986 by Verlag Neue Gesellschaft GmbH

Godesberger Allee 143, D-5300 Bonn 2

Umschlag: Karl Debus, Bonn

Satz: satz+druck gmbh, Düsseldorf

Druck und Verarbeitung: Ebner Ulm

Alle Rechte vorbehalten

Printed in Germany 1986

A86-3000
A86-3000

Inhalt

<i>Einführung</i>	11
-------------------------	----

1. *Die Anfänge*

Helga Haftendorn: Wurzeln der Ost- und Entspannungspolitik der Sozial-Liberalen Koalition	17
---	----

2. *Sicherheit und Abschreckung*

Hans Apel: Sicherheit ohne Abschreckung?	31
---	----

Georgi A. Arbatow: Internationale und europäische Sicherheit im Atomzeitalter, Ent- spannung und Abrüstung	37
--	----

Peter Glotz: SDI und der Ost-West-Konflikt: Science Fiction oder Außenpoli- tik?	69
--	----

Theo Sommer: Machtbalance und Kräfteverhältnisse in den siebziger Jahren ...	87
---	----

3. *Gemeinsame Sicherheit*

Egon Bahr: Von der Strategie der Abschreckung zur gemeinsamen Sicherheit	95
Marian Dobrosielski: Der Rapacki-Plan – noch immer aktuell	103
Daniel Proektor: Zur Sicherheitspolitik der Sowjetunion	109

4. *Sicherheit und Entspannung*

Hans-Dietrich Genscher: Von der KSZE zur KVAE	123
Gyula Horn: Entspannung und Konfrontation in den Ost-West-Beziehungen .	131
Max Schmidt: Die politische Entspannung: Konsequenzen für ein neues Denken und Handeln	145
Berndt von Staden: Zwischen Skepsis und Hoffnung: die Vereinigten Staaten von Amerika und die Ostpolitik	167

5. *Dreimal Entspannung: Deutsche – Polen – Ungarn*

Jürgen Schmude: Deutsche in zwei Staaten – was treibt sie zusammen und was treiben sie miteinander?	185
--	-----

Wilhelm Bruns: Der Beitrag der beiden deutschen Staaten zu Sicherheit und Entspannung	195
--	-----

Eberhard Schulz: Verständigung mit Polen: Eine noch unbewältigte Aufgabe der deutschen Politik	215
---	-----

Ryszard Wojna: Die Polenpolitik der SPD in den Augen eines Polen	229
---	-----

Mátyás Szűrös: Ungarn und die europäische Entspannung	235
--	-----

6. *Entwicklung und Wirtschaft als Probleme der Sicherheit und des Friedens*

Willy Brandt: Entwicklungspolitik ist Friedenspolitik	249
--	-----

Heinrich Vogel: Sicherheit als Problem außenwirtschaftlicher Entscheidungen der Sowjetunion	259
--	-----

Jürgen Nötzold: Der Beitrag der Wirtschaftsbeziehungen zur Stabilisierung der Entspannungspolitik	267
--	-----

7. Die humane Dimension

Horst Ehmke: Frieden und Freiheit als Ziele der Entspannungspolitik	279
Hans-Adolf Jacobsen: Begegnungen in Osteuropa 1965–1985: Erfahrungen – Einsichten – Perspektiven	293

8. Spielräume und Peripherien

Dieter Dettke: Spielräume der Bundesrepublik im Spannungsverhältnis zur So- wjetunion und im Bündnis mit den Vereinigten Staaten	311
Jesco von Puttkamer: Entspannungspolitik von der europäischen Peripherie aus be- trachtet	317
Josef Stingl: Europa ist mehr als die „Europäische Gemeinschaft“	327

9. Alternativen und Perspektiven

Christoph Royen: Gegenwärtige Alternativen der westlichen Politik gegenüber Ost- europa	337
Hans-Jochen Vogel: Für eine neue Entspannung: die Position der Sozialdemokraten ..	357
Karlheinz Koppe: Voraussetzungen für eine neue Entspannungspolitik	371

Anhang

Herbert Wehner, Helmut Schmidt, Georgi Arbatow, David Binder Zur Person Eugen Selbmann	385
<i>Die Autoren</i>	391

Horst Ehmke

Frieden und Freiheit als Ziele der Entspannungspolitik

In der europäischen Friedensbewegung ist ein Streit ausgebrochen, der hohe Aufmerksamkeit verdient. Unter dem Schlagwort „Gegen die Entspannungspolitik von oben, für eine Entspannungspolitik von unten“ wird eines der Grundthemen der Auseinandersetzung aufgegriffen, die in den 70er Jahren um die Ostpolitik geführt worden ist: Die Frage nach dem Verhältnis von Frieden mit dem Ostblock und Freiheit im Ostblock in der Zielsetzung unserer Politik ihm gegenüber.

Der Streitstand in der Friedensbewegung kann wie folgt skizziert werden: Während die einen die sozialdemokratische Entspannungspolitik positiv würdigen, jetzt aber einen neuen Ansatz für erforderlich halten, lehnen die anderen diese Politik als „Entspannungspolitik von oben“ (durch Verhandlungen und Vereinbarungen mit den kommunistischen Machthabern im Osten) ab. Sie fordern statt dessen eine „Entspannungspolitik von unten“ – durch Friedensbewegungen in West und Ost. Eine „Friedensbewegung von unten“ im Osten aber kommt in Konflikt mit den kommunistischen Machthabern.

Ein Mitglied der Friedensbewegung, der Westberliner Studentenfarrer Ton Veerkamp*, hat versucht, diese Entwicklung am Beispiel des Interkirchlichen Friedensrates der Niederlande, eine der einflußreichsten Gruppen der westeuropäischen Friedensbewegung, nachzuzeichnen. Um Einfluß auf die staatlichen Entscheidungen in der Raketenfrage zu gewinnen, habe der Interkirchliche Friedensrat nicht nur seine Kompetenz, sondern auch seine Glaubwürdigkeit unter Beweis stellen müssen. Dabei habe er sich gegen eine Kampagne der Rechten wehren müssen.

* Ton Veerkamp, Grundsätzliche Gegensätze in der Friedensbewegung, „Junge Kirche“ 3/85, S. 131 ff.

sen, seine Aktivitäten stünden im Solde Moskaus. Der Friedensrat habe diese Diffamierung mit dem Hinweis beantwortet, Abrüstung im Westen nehme dem Osten nicht nur ein Argument für seine eigene Rüstung, sondern auch für die Unterdrückung der Meinungsfreiheit im Ostblock. Das Anwachsen der Friedensbewegung diene also – die polnische Solidarność beweise es – der Entwicklung der Freiheit im Osten. Als die Solidarność dann im Dezember 1981 zerschlagen wurde, habe der Friedensrat seinen Grundfehler, die eigene Glaubwürdigkeit vom Verhalten kommunistischer Regime abhängig zu machen, geradezu zu einem System ausgebaut: Solidarność, Charta 77 und ähnliche Gruppen seien zu den natürlichen Verbündeten der westlichen Friedensbewegung ernannt worden. „Détente von oben“ sei gescheitert, „Détente von unten“ aber erfordere Entfaltungsfreiheit für die Opposition auch im Ostblock und daher den schrittweisen Abbau seines innenpolitischen Systems.

Als Folge dieser „Politik“, schreibt Veerkamp, hätten diese Teile der Friedensbewegung aufgehört, von den politisch entscheidenden Kräften im Osten – und das seien nun einmal die kommunistischen Parteien – als Gesprächspartner ernstgenommen zu werden. Diese „Entspannungspolitik von unten“ sei in Wahrheit keine Politik, sondern nur eine moralisch empörte Reaktion auf die Reflexe des Ostens. Sie werde mit Sicherheit noch weniger bewirken, als die „Entspannungspolitik von oben“ bisher bewirkt habe.*

Veerkamps Kritik an der von ihm beschriebenen Tendenz muß noch erweitert werden: Diese läuft Gefahr, Entspannungspolitik ernsthaft zu verhindern, indem sie die kommunistischen Parteien auf Gegenkurs zu ihr bringt. Und sie trägt zur Illegalisierung von Friedens- und Protestgruppen im Ostblock bei.

Im übrigen kann der konstruierte Gegensatz zwischen „Entspannungspolitik von oben“ und „Entspannungspolitik von unten“ praktisch nicht durchgehalten werden. Die Annahme, man könne über die Köpfe der Regierungen in West und Ost hinweg eine europäische Friedensordnung basisdemokratisch herbeizaubern, ist eitle Selbstüberschätzung. Friedenspolitik braucht beides: Handeln von Regierungen und Parlamenten ebenso wie eine Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger. Welche Unterschiede in Sachen Entspannungspolitik zwischen einer sozialdemokratisch geführten und einer konservativen Regierung bestehen, erleben wir gerade in der Bundesrepublik. Andererseits hat die SPD

lernen müssen, daß sie auch als „gouvernementale“ Partei die gesellschaftliche Bewußtseinsbildung durch Friedensarbeit mit den Bürgern nicht vernachlässigen darf. Die Mitarbeit von Sozialdemokraten in der Friedensbewegung ist zugleich Vertrauensarbeit.

Bei kritischer Betrachtung der Diskussion in der Friedensbewegung will es mir scheinen, daß die beschriebene Tendenz weniger einer Selbstüberschätzung nach außen als einer inneren Unsicherheit entspringt. Die Friedensbewegung, die als Anti-Raketen-Bewegung, als „one-cause-pressure-group“ eine klare Niederlage erlitten hat, möchte ihre bisherige Beschränkung durch Entwicklung eines breiteren und tragfähigeren politischen Konzepts überwinden. Ihre Zuwendung zu Dissidenten-Gruppen in Osteuropa ist unter zwei Aspekten zu sehen: dem ihres Verhältnisses zur innenpolitischen Rechten, unter deren Diffamierungsdruck sie steht, und dem ihres Verhältnisses zu dem im Ostblock etablierten Kommunismus als außenpolitischem Faktor.

Um mit dem Verhältnis der Friedensbewegung zur innenpolitischen Rechten zu beginnen: Der Vorwurf der Rechten, „im Solde Moskaus“ zu stehen, ist nicht nur gegen die Arbeit der Friedensbewegung, sondern auch gegen die Politik der deutschen Sozialdemokraten erhoben worden. Der Interkirchliche Friedensrat der Niederlande weiß so gut wie die deutsche Sozialdemokratie, daß es dabei nicht um das Bekenntnis zu Demokratie und Menschenrechten geht, sondern um die „Tradition“ der Rechten, Fragen der Außenpolitik gegenüber den kommunistischen Staaten als Diffamierungs-Knüppel in der innenpolitischen Auseinandersetzung zu mißbrauchen. Die deutschen Unionsparteien haben diese Diffamierung noch in jedem Bundestagswahlkampf betrieben. 1987 wird es nicht anders sein.

Doch obwohl der Antikommunismus – über die demokratische Ablehnung totalitärer Systeme hinaus – aufgrund von 12 Jahren Nazipropaganda, vor allem aber aufgrund des Erlebens und Erleidens der einmarschierenden Roten Armee tief im Bewußtsein und Unterbewußtsein unseres Volkes verankert ist, haben sich die deutschen Sozialdemokraten in der Auseinandersetzung mit dem Ostblock nie die billigen Klischees der Rechten zu eigen gemacht. Die Sozialdemokraten verfügen – von der Teilung der Arbeiterbewegung angefangen bis zur Zwangsvereinigung von SPD und KPD in der Ostzone – in der Auseinandersetzung mit den Kommunisten und dem Bindestrich-Dogmatismus des Marxis-

mus-Leninismus über mehr Erfahrung als alle Konservativen zusammen. Die Nichtanpassung an die Rechten ist eine entscheidende Voraussetzung nicht nur für eine wirksame Auseinandersetzung mit dem Kommunismus, sondern auch für die immer wieder erneute Erarbeitung und Erkämpfung der innenpolitischen Voraussetzungen einer aussichtsreichen Friedenspolitik durch gesellschaftliche Bewußtseinsbildung.

Der zweite Aspekt, das Verhältnis zum etablierten Kommunismus des Ostblocks als einem außenpolitischen Faktor, ist weitaus komplizierter. In der Analyse der sowjetischen Politik und in unserer Politik der Sowjetunion gegenüber haben wir immer zwei Faktoren zugleich zu berücksichtigen: Macht und Ideologie. Und um ein Ergebnis vorwegzunehmen: Eine Politik der „Destabilisierung“ der Ostblockstaaten „von unten“ läuft – ebenso wie die gerade von Herrn Hupka noch einmal propagierte Politik einer „Destabilisierung“ der kommunistischen Regime „von außen“ – im Endergebnis auf eine Liquidierung der Friedens- und Entspannungspolitik hinaus. Fühlen sich Teile der westeuropäischen Friedensbewegung in Nachbarschaft zu solchen rechten Kräften wirklich wohl? „Strange bed-fellows“!

Die schwierigeren Aspekte unseres Verhältnisses zum etablierten Kommunismus des Ostblocks als außenpolitischem Faktor werden deutlich, wenn man sie im Lichte der Frage nach Frieden mit dem Ostblock und Freiheit im Ostblock in der Zielsetzung der Entspannungspolitik betrachtet. Grundziel der Entspannungspolitik ist die Herausbildung eines wirklichen Friedenszustandes in Europa. Dieses Ziel soll nach Vorstellung der Sozialdemokraten durch die Entwicklung einer Sicherheitspartnerschaft zwischen Ost und West trotz unterschiedlicher Gesellschaftssysteme erreicht werden. Daher ist zu Recht gesagt worden, daß die Entspannung zwischen den Staaten oder gar deren „Koexistenz“ die ideologische Auseinandersetzung, den friedlichen Wettbewerb der Gesellschaftssysteme keineswegs beenden kann.

Da aber Partnerschaft der Staaten bei Feindseligkeit (statt nur Gegensätzlichkeit) der Gesellschaftssysteme immer gefährdet sein würde, und die Entspannungspolitik angesichts der Gemengelage von Macht und Ideologie notgedrungen auch auf die innenpolitische und die ideologische Entwicklung einwirkt, muß auch die innere Dimension der Entspannung in Europa, einschließlich des Verhältnisses zu den Dissiden-

tengruppen im Osten, zum Gegenstand der friedenspolitischen Erörterungen gemacht werden. Die Sozialdemokraten sollten daher die Diskussion in der Friedensbewegung insoweit durchaus auch selbstkritisch aufnehmen.

So unbestreitbar die Erfolge der sozialdemokratischen Entspannungspolitik sind, so unbestreitbar ist dies in den 80er Jahren stecken geblieben, was zugleich Rückschritt bedeutet hat. Die Gründe dafür lagen aber weniger im Bereich der ideologischen als in dem der Großmacht-Konkurrenz. Die Ursachen für das Steckenbleiben der Entspannungspolitik im Großmacht-Bereich sehe ich in folgendem:

Einmal ist die Eigendynamik des Wettrüstens unterschätzt worden. Die Annahme, daß der Abbau von politischen Spannungen nicht nur zu vielfacher Zusammenarbeit führen, sondern schließlich auch – quasi „automatisch“ – eine Verminderung der Rüstungen nach sich ziehen werde, hat verkannt, daß das Wettrüsten nicht nur eine Folge, sondern inzwischen eine der Hauptursachen der heute existierenden Spannungen ist. Entspannungspolitik und Wettrüsten sind jahrelang nebeneinander hergelaufen, bis schließlich klar wurde, daß entweder die Entspannungspolitik in der Form von Rüstungskontrolle und Abrüstung auch im militärischen Bereich zum Zuge kommen, oder aber scheitern muß.

In der Eigendynamik des Wettrüstens kommt zugleich – in beiden Systemen – nicht nur die Eigendynamik der militärisch-industriellen Komplexe, sondern auch die Dynamik der Großmachtinteressen zum Ausdruck. So versuchen die Großmächte z. B. nicht nur, ihre Interessen in ihren „Hinterhöfen“ mit allen Mitteln durchzusetzen, in Afghanistan ebenso wie in Nicaragua oder auf Grenada. Sie entziehen sich auch in zweifelhafter Gemeinsamkeit ihrer völkerrechtlichen Verpflichtung aus dem Nichtverbreitungsvertrag zu nuklearer Abrüstung. Um ihre Großmachtinteressen weltweit zur Geltung zu bringen, scheuen sie auch nicht vor offener Konfrontation zurück, ohne Rücksicht auf die Interessen der kleineren Staaten.

Diese sehen sich daher vor die Frage gestellt, wie sie ihr Eigeninteresse an einem entschlossenen Neuanlauf in der Entspannungs- und Rüstungskontroll-Politik zur Geltung bringen können, statt nur einfach den Reflexen der Großmächte zu folgen. Für die Sozialdemokraten sind die Politik der Sicherheitspartnerschaft und die Politik der Selbstbehauptung

tung Europas daher zusammengehörige Aspekte einer zweiten Phase der Ost- oder richtiger der West-Ost-Politik.

Auch die Machtfaktoren, die die Entspannungspolitik der 70er Jahre abgebremsst haben, sind – um auf das Thema der Ideologie zurückzukommen – mit ideologischen Faktoren verschränkt. Für die Sowjetunion ist zum Beispiel Osteuropa nicht nur ein im Zweiten Weltkrieg mit großen Opfern erkämpftes sicherheitspolitisches Glacis, sondern auch – nach langer Isolierung der Sowjetunion als einzigem sozialistischen Staat – ein wichtiger Bestandteil der „sozialistischen Staatenwelt“. Umgekehrt ist für den Westen (und nicht nur für den Westen) die Teilung Europas nicht nur eine Frage des Friedens, sondern auch eine Frage der Menschenrechte. Oder, um ein Beispiel außerhalb Europas zu wählen: Der Einmarsch der Roten Armee in den Pufferstaat Afghanistan war nicht nur eine Fortsetzung zaristischer Expansionspolitik, sondern auch ein Akt des „proletarischen Internationalismus“ beziehungsweise der internationalistischen Solidarität der Sowjetunion mit allen sozialistischen Regimen. Umgekehrt ist für die Vereinigten Staaten ihre kaum noch verdeckte militärische Intervention in Zentralamerika und ihre offene Intervention auf Grenada nicht nur eine Machtfrage, sondern auch eine Frage der Bekämpfung oder wenigstens Eindämmung revolutionärer Ideologien in dieser Region.

Trotz dieser Gemengelage von Macht und Ideologie und trotz der Festigkeit der beiderseitigen gesellschaftspolitischen Überzeugungen hat der ideologische Gegensatz die Entspannungspolitik aber in weit geringerem Maße konterkariert, als Teile der Friedensbewegung heute anzunehmen scheinen. Dabei muß zunächst daran erinnert werden, daß die ideologische Ausgangsfrage zu Beginn der Entspannungspolitik nicht lautete, ob die Ostblock-Regime die ideologischen und innenpolitischen Auswirkungen der Entspannungspolitik würden verkraften können. Am Anfang stand vielmehr die besorgte Frage vieler Konservativer im Westen, ob die Entspannungspolitik nicht ein trojanisches Pferd sei, in dessen Bauch der Kommunismus und die Weltrevolution in die Bundesrepublik und nach Westeuropa eingeschleust werden würde.

Die deutschen Sozialdemokraten haben damals erklärt, daß für Berührungängste oder gar Unterlegenheitsgefühle gegenüber den Kommunisten kein Grund besteht, daß Demokraten die Auseinandersetzung mit den Kommunisten und den friedlichen Wettbewerb der Gesell-

schaftssysteme vielmehr mit Selbstbewußtsein führen müssen und führen können. Die Entwicklung hat ihnen Recht gegeben.

Die kommunistischen Parteien in Westeuropa, einschließlich der Bundesrepublik, sind in den Jahren der Entspannungspolitik nicht stärker, sondern schwächer geworden – woran auch die Wirtschaftskrise mit ihrer hohen Dauerarbeitslosigkeit nichts geändert hat. Die Kommunisten, auch die DKP, haben zwar Einfluß auf die Friedensbewegung genommen, das hat aber weder ihr Abschneiden bei den Wahlen verbessert, noch zu einer Dominierung der Friedensbewegung durch sie geführt. Darüber hinaus hat sich, ausgelöst durch die von Chruschtschow eingeleitete und vom XX. Parteitag der KPdSU bestätigte Entstalinisierung, in Westeuropa eine Entwicklung zum Reformkommunismus durchgesetzt, die ihren bemerkenswerten Ausdruck im „Euro-Kommunismus“ der italienischen Kommunisten unter Enrico Berlinguer gefunden hat. Auf der Ostberliner Konferenz vom Herbst 1976 haben die jugoslawischen, italienischen und spanischen Kommunisten gegenüber der KOMINTERN-Tradition eines von Moskau gesteuerten Weltkommunismus, das Recht ihrer Länder und eines jeden Landes auf den „eigenen Weg zum Sozialismus“ erfolgreich behauptet.

Die Tatsache, daß heute – entgegen der kommunistischen Verheißung – auch zwischen sozialistischen Staaten Kriege geführt werden, wirkt in außenpolitischer Hinsicht in ähnlicher Weise weltweit desillusionierend wie die Aufdeckung der Verbrechen Stalins innenpolitisch desillusionierend gewirkt hat. Das ist einer der Gründe dafür, daß die KOMINTERN-Tradition der Weltrevolution nicht nur in Europa, sondern auch in der Dritten Welt an Anziehungskraft und Einfluß verloren hat. Hatte die Sowjetunion schon aus der Dekolonialisierung nach dem 2. Weltkrieg weniger Vorteile ziehen können, als eigentlich zu erwarten gewesen wäre, so hat der sowjetische Einmarsch in Afghanistan die Glaubwürdigkeit der sowjetischen Politik in der Dritten Welt entscheidend geschwächt. Attraktiv für die Dritte Welt ist heute eher der chinesische Kommunismus, der für das volkreichste Entwicklungsland der Welt das Ernährungsproblem gelöst hat, während die Sowjetunion 70 Jahre nach der Oktoberrevolution noch immer Getreide importieren muß.

Außerhalb der Sowjetunion und des Ostblocks ist der ideologische Einfluß des Moskauer Kommunismus in der Entspannungsperiode also

nicht stärker, sondern schwächer geworden. Aber nicht nur das. Inzwischen stellt sich die Frage, ob die ideologischen Auswirkungen der Entspannungspolitik innerhalb des Ostblocks nicht dessen Abwendung von ihr bewirken könnten. Auch diese Frage ist meines Erachtens zu verneinen. Sie ist allerdings sehr komplex.

Von Anfang der Entspannungspolitik an war deutlich, daß das sowjetische Interesse an ihr nicht nur dem sicherheitspolitischen Interesse des Ostblocks am Frieden und der Erhaltung des territorialen Status quo, wie er sich aus dem Hitler-Krieg ergeben hat, entsprang. Die Zusammenarbeit mit dem Westen sollte der Sowjetunion – die nur militärisch, nicht aber wirtschaftlich und technologisch eine den Vereinigten Staaten von Amerika ebenbürtige Großmacht ist – zugleich helfen, ihren Rückstand aufzuholen. Außerdem erhoffte sich die Sowjetunion von der Kooperation mit dem Westen einen Beitrag zur inneren Stabilisierung der osteuropäischen Staaten durch Hebung des Lebensstandards. Für die Sowjetunion und die anderen Ostblockstaaten hatte die Entspannungspolitik also von Anfang an auch eine innere Dimension.

Will man den Spielraum für innenpolitische Auswirkungen der Entspannungspolitik im Ostblock ausloten, müssen zwei Tatsachen gesehen werden: Erstens die Tatsache, daß die Schwierigkeiten der Sowjetunion, die innere Lage in den osteuropäischen Staaten zu stabilisieren, nicht eine Folge der Entspannungspolitik ist, sondern eine Folge der Gleichschaltung dieser Staaten im Kalten Krieg (die seinerzeit übrigens unter Ausschaltung auch der national-kommunistischen Kräfte erfolgt ist). Das zeigen die Aufstände in der DDR, Ungarn und Polen in den 50er und 60er Jahren ebenso wie der „Prager Frühling“, der Ende der 60er Jahre mit dem Beginn der Entspannungspolitik zusammenfiel.

Zweitens muß die Tatsache klar gesehen werden, daß die Entspannungspolitik nichts an der Entschlossenheit der Sowjetunion ändern kann, ihr im 2. Weltkrieg gewonnenes osteuropäisches Glacis unter allen Umständen zu halten. Das zeigt der Einmarsch des Warschauer Paktes in der CSSR im Jahre 1968 ebenso wie die Verhängung des Kriegsrechts in Polen Ende 1981. Daß in Polen, anders als 1968 in Prag, keine sowjetischen Truppen einmarschiert sind und die zwei im Lande stationierten sowjetischen Divisionen in den Kasernen blieben, war ein wichtiger Unterschied. Dieser Unterschied ist nicht allein auf die Entspannungspoli-

itik, sondern auch auf die Besonderheit der inneren Lage Polens zurückzuführen. An dem Grundtatbestand ändert er nichts.

Es ist also durch Erfahrung erhärtet, daß eine Politik, die die Ostblock-Regime – sei es nun „von außen“ oder aber „von unten“ – destabilisieren wollte, weder der Entspannung noch dem Frieden dienen könnte. Damit ist aber das Thema der innenpolitischen Wirkungen der Entspannungspolitik im Ostblock keineswegs erschöpft, sondern nur der Spielraum für derartige Entwicklungen umrissen.

Die innere Lage in den einzelnen osteuropäischen Staaten ist bekanntlich, wenn man etwa Ungarn mit Rumänien vergleicht, sehr unterschiedlich. Wie an dem uns besonders naheliegenden Beispiel der DDR deutlich geworden ist, haben die Regime im Osten aber die Entspannungspolitik insgesamt gesehen innenpolitisch und ideologisch erstaunlich gut verkraftet. Das gilt gerade auch für die DDR, obwohl sie sich ihrer Sache im geteilten Deutschland – wie auch noch das „verfeinerte“ Grenzregime zeigt – keineswegs sicher ist. Die Vorstellung eines intensiven Wirtschafts-, Wissenschafts- und Kulturaustauschs mit dem Westen und eines jährlichen millionenfachen Besucherstroms aus der Bundesrepublik dürfte bei den Sicherheitsorganen der DDR ursprünglich Alpträume von der Ansteckung der DDR-Bevölkerung durch den Bazillus des „Sozialdemokratismus“ ausgelöst haben. Heute aber läßt die DDR nicht nur den Empfang des westdeutschen Fernsehens zu, sie speist es inzwischen sogar durch ihr eigenes Kabelnetz in Regionen ein, in denen es mit der Antenne nicht empfangen werden kann.

Das liegt nicht nur daran, daß der „Goldene Westen“ inzwischen durch Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit viel von seinem „Wirtschaftswunder“-Glanz verloren hat. Auch nicht nur daran, daß das Satelliten-Fernsehen die Empfangsmöglichkeiten ohnehin revolutionieren wird. Die entscheidende Tatsache scheint vielmehr zu sein, daß die im Zuge der Entspannungspolitik erfolgte innere Öffnung offensichtlich auch im Interesse des Regimes liegt.

Diese Öffnung mag zwar einerseits Ausreisewünsche vervielfachen oder aber zu verstärkter öffentlicher Kritik durch anwachsende Dissidenten- und Friedensgruppen führen: „Schwerter zu Pflugscharen“! Sie dient andererseits aber auch, wie insbesondere an der Person Erich Honeckers deutlich geworden ist, wenn nicht der Legitimation, so doch der größeren Akzeptanz der politischen Führung. Die begrenzte innenpoliti-

sche Öffnung, einschließlich der Lockerung des Informationsmonopols, wird offenbar auch zur Integration von Kritik und Opposition, zur Bindung der Bevölkerung an das Regime und zur Verbesserung der Diskussionsfähigkeit der Kader eingesetzt. So weit wie die Ungarn und Polen, die inzwischen zwar nicht zwischen zwei Parteien, aber doch wenigstens zwischen zwei Kandidaten wählen können, ist die DDR allerdings noch nicht.

Worauf beruht die insoweit stabilisierende innenpolitische Wirkung der Entspannungspolitik im Ostblock?

Sie beruht zunächst darauf, daß die Entspannungspolitik auch im Osten in Übereinstimmung steht mit dem Wunsch der Völker nach Frieden. Das gilt insbesondere auch für die Völker der Sowjetunion, deren Bewußtsein tief von der Erfahrung des Krieges mit seinen schrecklichen Opfern geprägt ist. Auch die vielfältigen Probleme, vor denen der Ostblock steht, lassen sich nur im Frieden lösen.

Ferner begrüßen nicht nur die Führungen, sondern auch die Völker in Osteuropa den Gewaltverzicht und die Respektierung des territorialen Status quo, wie er sich als Folge des Hitler-Krieges herausgebildet hat. Wer zum Beispiel so tut, als ob das Bestehen auf der Unantastbarkeit der Westgrenze Polens nur eine Position der Kommunisten sei und nicht Sache des ganzen polnischen Volkes – einschließlich der katholischen Kirche und der Solidarność – der betrügt sich und andere (allen voran die Vertriebenen). Auch der Wunsch nach Hebung des Lebensstandards durch wirtschaftliche Zusammenarbeit mit dem Westen ist nicht lediglich ein Wunsch der kommunistischen Führungen, sondern auch der Menschen in Osteuropa. Der wirtschaftliche, wissenschaftliche und kulturelle Austausch mit dem Westen hebt ihre Isolierung auf, schafft Freiräume und stärkt das Bewußtsein von der geschichtlichen und kulturellen Zusammengehörigkeit der Europäer.

Die Menschen in Osteuropa wissen schließlich nur zu gut, daß die Entspannungspolitik den – geringen – Spielraum ihrer Staaten nach außen erweitert und eine vorsichtige Öffnung nach innen ermöglicht hat. Wie ein Vergleich etwa zwischen Ungarn und Rumänien zeigt, bestehen in der Nutzung dieses Spielraums zwar erhebliche Unterschiede. Das ändert aber nichts an der Grunderfahrung: Während „Kalter Krieg“ und Konfrontation der Großmächte Europa den „Eisernen Vorhang“ und eine ebenso „eiserne“ Blockdisziplin aufgezwungen haben, hat die Ent-

spannungspolitik zum teilweisen Abbau von Feindbildern und zur Lockerung der Regime geführt.

Der Mangel an einer genauen Analyse der inneren Lage der osteuropäischen Länder in historischer Perspektive hat manche im Westen zu der Annahme verleitet, der Wunsch der Menschen nach Verbesserung ihrer Lage sei dem Wunsch nach einem „Anschluß“ an den Westen gleichzusetzen. Das ist ein Mißverständnis. Nach der Erfahrung mit Hitler-Deutschland teilen zum Beispiel auch viele Nicht-Kommunisten in Osteuropa die Ansicht, daß es Sicherheit für ihre Länder nur in Anlehnung an die Sowjetunion geben kann. Sie haben auch wenig Neigung, zu ihren Vorkriegs-Regimen zurückzukehren, zumal zu jenen faschistischen Provenienz. Schließlich – das können wir ja auch in der DDR studieren – sind sie nicht von der Sehnsucht erfüllt, zu kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnissen zurückzukehren, auch die Dissidenten-Gruppen nicht.

Worum es den Menschen in Osteuropa geht, zu deren Sprecher sich die Dissidenten machen, ist die Respektierung der Menschenrechte, ist individuelle und politische Freiheit. Die Dissidenten fordern sie jetzt und nicht erst für ihre Kinder, und sie fordern sie meist ohne Vorbehalt: „Freiheit ist unteilbar“, hieß es schon im Prager Frühling. Eine solche Forderung des „Alles oder Nichts“ ist für die kommunistischen Regime unerfüllbar. Sie käme deren Selbstaufgabe und der sowjetischen Aufgabe des osteuropäischen Glacis gleich. Wer immer im Westen den Menschen in Osteuropa die Beseitigung dieser Regime durch Druck von außen oder von unten verspricht, betreibt lediglich Propaganda auf ihre Kosten.

Heißt das, daß die Dissidenten moralisch im Unrecht wären? Sicher nicht. Es ist für die Sozialdemokraten wichtig, sich dessen bewußt zu sein, wenn sie aus dem sicheren westlichen Hort den Menschen in Osteuropa zu Geduld und Realismus raten. Umgekehrt könnte aber eine noch so gut gemeinte Gesinnungsethik auch hier nur zu politischem Unheil führen. Zu verantworten haben wir – auch gegenüber den Dissidenten in Osteuropa – nicht unsere gute Gesinnung oder unseren guten Willen, sondern die Ergebnisse unserer Politik.

Heißt das, daß wir statt einer Politik der „Destabilisierung“ eine Politik der „Stabilisierung“ des kommunistischen Status quo in den osteuropäischen Ländern treiben müssen? Sicher nicht. Wie kämen wir dazu,

gegen unsere eigene demokratische Überzeugung und gegen die Hoffnungen der Menschen in Osteuropa? Die innere Dimension der Entspannungspolitik kann weder „Destabilisierung“ noch „Stabilisierung“ heißen. Sie heißt Reform. Wenn darüber Konsens gefunden werden könnte, wäre viel gewonnen.

Das führt zu der Frage, ob kommunistische Regime in Sachen Menschenrechte und politischer Freiheit überhaupt reformfähig sein können. Nicht in dem Sinne, daß Reformen unausweichlich oder unumkehrbar seien, aber doch in dem Sinne, daß sie auch nicht schlechthin ausgeschlossen sind. Diese Frage ist nicht a priori zu beantworten. Die Erfahrung zeigt – von der „Entstalinisierung“ unter Chruschtschow bis hin zu den bereits beschriebenen Öffnungen in den osteuropäischen Ländern während der Entspannungsperiode –, daß im letzten Jahrzehnt eine vorher nicht für möglich gehaltene Auflockerung der Ostblock-Regime eingetreten ist. Läßt das bereits auf grundsätzliche Reformfähigkeit schließen? Die Totalitarismus-Forschung der Nachkriegszeit hat diese Frage überwiegend für Kommunismus wie Nationalsozialismus gleichermaßen verneint. Und die Verbrechen der Stalin-Ära erscheinen in der Tat nicht dadurch in einem milderen Licht, daß sie in Perversion europäischer Tradition im Namen von Idealen begangen worden sind. Liegt in bezug auf die Reformfähigkeit nicht aber doch ein Unterschied zwischen der Perversion von Menschheitsidealen und den menschenverachtenden Prinzipien des Nationalsozialismus?

Jedenfalls fällt es schwer, sich einen KSZE-Prozeß der Westmächte und eine Diskussion über Menschenrechte mit Nazi-Deutschland vorzustellen. Die große Leistung der Akte von Helsinki liegt unter anderem darin, daß heute in Europa zwischen Ost und West, zwischen demokratischen und kommunistischen Gesellschaftssystemen auch über Menschenrechte gesprochen wird. Wer Menschenrechte zum Propagandaknüppel in der Auseinandersetzung mit dem Osten zu machen sucht, der gefährdet den Prozeß, in dem allein eine langfristige Verbesserung der Menschenrechts-Situation im Ostblock erreichbar sein mag.

Im übrigen sollten wir nicht so tun, als ob in Sachen Menschenrechte nur der Osten gefragt sei. Fragen an den Westen, etwa nach der Verwirklichung des Menschenrechts auf Arbeit oder nach der Gleichberechtigung der Rassen und der Geschlechter können nicht als bloße Zumutung abgetan werden. Von der „ökonomischen Befreiung der moralischen

und politischen Person“, so hat Kurt Schumacher einmal das Ziel des Sozialismus umschrieben, sind wir, das zeigt die gegenwärtige Krise der kapitalistischen Wirtschaft mit ihrer Massenarbeitslosigkeit einmal mehr, immer noch weit entfernt. Auch im Westen gibt es erheblichen Reformbedarf.

Bei Bejahung einer Reformfähigkeit kommunistischer Regime wird man im Hinblick auf deren mögliche Entwicklung zwischen der Sowjetunion und den osteuropäischen Staaten einen Unterschied machen müssen. In den osteuropäischen Staaten wirken stärker als in der Sowjetunion auch Faktoren der nationalen Geschichte und der gesamteuropäischen Tradition in Richtung auf Reform.

Die Sowjetunion, die ihr osteuropäisches Glacis unter allen Umständen sichern will, hat mit ihren Panzern in Osteuropa die Erfahrung machen müssen, die Talleyrand einst in die Worte gekleidet hat, man könne mit Bajonetten allerhand anfangen, man könne sich aber nicht auf sie setzen. Die Sowjetunion wird daher prüfen müssen, ob nicht „Reformen statt Panzer“ die Losung und die Lösung zur innenpolitischen Stabilisierung Osteuropas sein muß. Auch wenn solche Reformen nicht zu einer „Finnlandisierung“ der osteuropäischen Staaten führen, zeigt das finnische Beispiel doch, daß selbst weitgehende innenpolitische Auflockerungen der Ostblock-Regime die sicherheitspolitischen Interessen der Sowjetunion nicht zu beeinträchtigen bräuchten.

Entspannungspolitik ist schon dadurch gerechtfertigt, daß sie mit Aussicht auf Erfolg Frieden zwischen den Staaten in Ost und West bei Fortbestehen der ideologischen und gesellschaftlichen Unterschiede und Gegensätze anstrebt. Da aber – Verschränkung von Macht und Ideologie – das Verhältnis der Staaten nicht einfach von dem Verhältnis der Gesellschaftssysteme zueinander getrennt werden kann und die Entspannungspolitik daher notwendigerweise auch die ideologische und innenpolitische Entwicklung beider Seiten beeinflusst, muß ihre innere Dimension so angelegt sein, daß sie die Bedingungen für Reformen positiv beeinflusst.

Dieter Dettke

Spielräume der Bundesrepublik im Spannungsverhältnis zur Sowjetunion und im Bündnis mit den USA

Die Außenpolitik der Bundesrepublik ist ein hervorragendes Beispiel für die permanente Suche nach Handlungsspielraum. Allein die Tatsache, daß die Bundesrepublik amerikanische Schöpfung und ein Kind des Kalten Krieges war, machte das Streben nach Überwindung der feindlichen Bipolarität gleichsam zu einer Zukunftsaufgabe der Bundesrepublik. So konsequent und unausweichlich die Teilung Deutschlands und Europas nach dem Zweiten Weltkrieg aus der Rückschau den Nachbarn und Gegnern Deutschlands im Kriege auch schien, Selbstverständnis der Bundesrepublik war es, diesen Zustand zu überwinden, zu überbrücken oder zumindest dazu beizutragen, die Folgen der Teilung zu mildern.

Auch dies letztere war nur möglich mit Hilfe von „eigenem Spielraum“ der Bundesrepublik im Ost-West-Gefüge. Richtig verstanden muß man wohl auch die Außenpolitik Adenauers' als Suche nach Handlungsspielräumen der Bundesrepublik im westlichen Bündnis begreifen. Es ging dabei zunächst um ganz elementare, existentielle Handlungsmöglichkeiten als Gesellschaft, bevor daran gedacht werden konnte, politische Souveränität – wenn auch eingeschränkt – wiederzugewinnen. Man darf aber nicht vergessen, was der Ausgangspunkt für den Neubeginn nach 1949 war; die Zerstörung der internationalen Ordnung sowie internationaler und innerstaatlicher Normen durch Hitler in einer bisher noch nicht gekannten brutalen Konsequenz. Hitlers Armeen haben Fuß auf den Boden fast aller europäischen Völker gesetzt und Leben und Werte in ungeheurem Ausmaß vernichtet. Es ist unvorstellbar, daß sich dies jemals aus dem Gedächtnis der Völker und der Nachbarn Deutschlands streichen ließe. Die Bundesrepublik kann sich ihrer Haftbarkeit dafür nicht entziehen. Diese *historische* Verwundbarkeit schränkt zunächst einmal den außenpolitischen Handlungsspielraum ein. Vier Bei-

spiele verdeutlichen dies und lassen historisch bedingte *Sonderbeziehungen* der Bundesrepublik erkennen:

Israel

Auch diejenigen Deutschen, die für Hitlers Vernichtungsfeldzug gegen die Juden keine persönliche Schuld trifft, werden sich der Verpflichtung nicht entziehen können, aus der Vergangenheit Konsequenzen für die Zukunft und damit auch für die deutsche Außenpolitik zu ziehen. Sich aus anti-israelischen Allianzen herauszuhalten und auf Waffenexporte für die Gegner Israels zu verzichten, sind notwendige Konsequenzen aus der Vergangenheit.

Polen

Die brutale Niederwerfung und Besetzung Polens durch Hitler hat Gräben zwischen Deutschen und Polen aufgeworfen, wie sie tiefer nicht sein konnten. Aber Tiefpunkte fordern eben auch in besonders starkem Maße zur Vernunft heraus. Nachdem was in der Geschichte in deutschem Namen in Polen geschehen war, hatte die Bundesrepublik eine politisch-moralische Bringschuld, nämlich gegenüber Polen den Weg zur *Anerkennung der bestehenden Grenzen* zu beschreiten. Nur so konnte das, was durch Hitlers Politik in Mitteleuropa auseinandergerissen worden ist, wieder zusammengefügt werden. Mit schlauer Taktik und listiger Gebärde war im deutsch-polnischen Verhältnis sicher nichts zu erreichen. Hier waren Menschen mit Kopf und Herz gefragt, die Deutschen und Polen zu helfen in der Lage waren, den Zustand tiefer Verletzung zu überwinden.

Frankreich

Es war klar, daß die Bundesrepublik die politische Aussöhnung mit Frankreich brauchte, um in Europa überhaupt wieder Fuß zu fassen. Ohne das Dach des sich langsam aber schwierig formierenden Europa,

in der Gestalt des Europarats zunächst und dann sehr viel intensiver in der Gestalt der Montanunion, wäre die Bundesrepublik wohl auf lange Zeit nur Objekt der Politik anderer Mächte geblieben. Glücklicherweise hat es in Frankreich nach dem Kriege ein waches Bewußtsein für Europa gegeben. Robert Schuman und Jean Monnet waren die wichtigsten Vertreter derjenigen, die den Nationalstaat überwinden wollten. Europäische Weitsicht in Frankreich nach dem Kriege hat es der Bundesrepublik sehr erleichtert, in die europäische Völkerfamilie aufgenommen zu werden.

Deutsch-deutsche Beziehungen

Nicht nur die Geschichte, auch das Kriegerrecht und nach dem Kriege geschlossene Verträge (Deutschland-Vertrag und Grundlagenvertrag) fügten beide deutsche Staaten für die absehbare Zukunft in besonderer Weise zusammen. Selbst wenn beide Seiten normale Beziehungen wollen und auch dazu bereit sind, sie entsprechend zu gestalten, können sie der gemeinsamen Geschichte nicht entkommen. Das wirklich Schwierige an den deutsch-deutschen Beziehungen ist, daß man rechtliche, politische und historische Gesichtspunkte immer auch in Hindernisse bei der Normalisierung umfunktionieren kann. Eben dies geschieht leider allzu häufig aus Gründen des Schutzes oder besser des Selbstschutzes. Deshalb ist es wichtig, die deutsch-deutschen Beziehungen nicht den Nationalisten zu überlassen.

Die Bundesrepublik im Ost-West-Gefüge

So wie sich das Verhältnis zwischen den beiden Supermächten nach Ende des Zweiten Weltkrieges entwickelte, gab es wohl keine andere mögliche Entwicklung als die politische, militärische und wirtschaftliche Einbindung des westlichen Teils Deutschlands in die amerikanische Einflußzone und die Verzahnung der DDR mit der Sowjetunion. Diese Tatsache muß man sich stets bewußt sein, ohne indessen aufzuhören, nach Wegen zur Überwindung dieses Zustandes zu suchen.

Auf einem Bein kann man zwar stehen, aber nicht gehen, pflegte Herbert Wehner immer zu sagen, wenn es darum ging, Uneinsichtigen den

Sinn der Ostpolitik deutlich zu machen. In der Tat war Willy Brandts Ostpolitik so gesehen geradezu notwendige Konsequenz der Adenauer'schen Westpolitik, und wer A sagt (A für Adenauer), muß eben auch B sagen (B für Brandt), so pflegte es Richard Löwenthal seinen Studenten zu erklären. Ist aber die deutsche Ostpolitik so zu verstehen, daß sich darin lediglich ein Stück Spielraum der Bundesrepublik im westlichen Bündnis ausdrückt oder ist sie auch ein Stück Eigenentwicklung, unabhängig vom Bündnis? Die ehrliche Antwort auf diese Frage wird wohl *beides* lauten müssen, denn so sehr die Ostpolitik auch von der Westbindung der Bundesrepublik ausgeht und den rechtlichen, politischen und territorialen Status quo in Europa bestätigt, so sehr ist sie doch auch Wiedergewinn einer eigenen außenpolitischen Rolle der Bundesrepublik in Mitteleuropa. Würde die Antwort lauten, daß die Bundesrepublik mit ihrer Ostpolitik *nur* einen Spielraum innerhalb des westlichen Bündnisses wahrnimmt, so wäre Ostpolitik letztlich in dem Sinne fremdbestimmt, daß sie nur so weit möglich wäre, wie es die – wie auch immer definierten – westlichen Interessen zulassen. Ostpolitik als reine Funktion der Westpolitik würde wohl weniger in Bonn als vielmehr in Washington gemacht werden, mit allen Konsequenzen.

Ostpolitik und Westbindung

Dies liegt langfristig nicht unbedingt im westlichen Interesse, jedenfalls nicht unter allen Umständen. Zum Beispiel für den Fall, daß die Supermachtbeziehungen nicht funktionieren, kann die Aufrechterhaltung von Verbindungen mit der anderen Seite auf europäischer Ebene durchaus wünschenswert sein. Die Bundesrepublik hat ein starkes Interesse daran, die Ost-West-Beziehungen stabil zu halten. Das ist im Zustand eines kooperativen Grundverhältnisses zwischen den Supermächten auch aus amerikanischer Perspektive nicht anders. Wie sich jedoch am Beispiel der Afghanistan-Krise 1979/80 zeigte, treten im Zustand feindlicher Bipolarität zwischen den Supermächten ordnungspolitische Unterschiede in bezug auf Gesamteuropa auf. Als sich als Folge der sowjetischen Intervention in Afghanistan und im Zusammenhang mit der Geiselkrise im Iran sowie den Ereignissen in Polen über den Gesamtbereich der amerikanisch-sowjetischen Beziehungen Spannungen ausbreiteten, entstand in Europa die Befürchtung, daß diese Entwicklungen den euro-

päischen Entspannungsprozeß gefährden könnten. Anders als die USA haben europäische Staaten die Verbindung zur Sowjetunion jedoch nie ganz abreißen lassen, trotz prinzipieller Unterstützung des Getreideembargos und des Olympia-Boykotts. Vor allem die deutsch-deutschen Beziehungen haben sich in dieser schwierigen Phase der internationalen Politik durchaus fast zwangsläufig bewährt. Sie sind zwar nicht ganz frei von Spannungen aufgrund außereuropäischer Entwicklungen geblieben, aber sie sind auch nicht total in deren Abhängigkeit geraten. Genau darum geht es. Es liegt auch im Interesse des Westens, sich Wege zur Wiederaufnahme von Kontakten außerhalb direkter Supermachtbeziehungen offenzuhalten. Vor allem die kleineren ost- und westeuropäischen Staaten können dabei eine nützliche Rolle spielen, ohne ihre jeweiligen Allianzen in Frage zu stellen oder gar zu gefährden.

Begrenzte Spielräume

Ein Land wie die Bundesrepublik ist bei der Suche nach Handlungsspielräumen und nach einer eigenständigen außenpolitischen Rolle in Mitteleuropa immer in Gefahr, sein Gewicht entweder zu überschätzen oder zu unterschätzen. Das hängt ganz offenbar damit zusammen, daß einerseits die Westbindung der Bundesrepublik ganz offenkundig dauerhaft ist – um nicht zu sagen definitiv –, und zwar sowohl ideologisch wie auch politisch und militärisch; andererseits ist jedoch sehr wohl denkbar, daß sich im Falle einer Einbeziehung ihres Machtpotentials in den sowjetischen Herrschaftsbereich die Machtverhältnisse in Europa und vermutlich auch weltweit erheblich zugunsten der Sowjetunion verschieben würden. In diesem Sinne hat die Bundesrepublik durchaus eine Schlüsselrolle, allerdings eine Schlüsselrolle, die nur mit erheblicher Selbstbeschädigung deutscher und europäischer Interessen voll genutzt werden kann. Helmut Schmidt hat als Bundeskanzler am eigenen Leibe erfahren, wie begrenzt der Spielraum der Bundesrepublik ist – innenpolitisch, in Europa, gegenüber den Vereinigten Staaten und im Ost-West-Verhältnis –, wenn man auf der Basis einer Bündnisposition versucht, Bewegung in festgefahrene Nuklearwaffenverhandlungen zwischen den beiden Supermächten zu bringen. Immerhin hat er im Sommer 1980 das Kunststück fertiggebracht, die starren Fronten zwischen der Sowjetunion und den USA unmittelbar nach dem NATO-Doppelbeschluß

aufzulockern. Wäre ihm nicht innenpolitisch von der FDP der Teppich unter den Füßen weggezogen worden, hätte das Ergebnis der Genfer INF-Verhandlungen möglicherweise auch anders ausgesehen. Vielfach übersehen wird, daß im Sommer und Herbst 1982 nicht nur die SDP/FDP-Koalition gewackelt hat und schließlich scheiterte (am 1. Oktober 1982), sondern daß auch in den USA in der außenpolitischen Führung erhebliche Unsicherheit herrschte. Außenminister Haig, der Europa und die Verhandlungsmaterie gut kannte, wurde durch George Shultz abgelöst, der eher im wirtschaftlichen Bereich zu Hause war. Judge Clark, der in außenpolitischen Detailfragen nicht (kaum) erfahren war, wechselte vom State Department zum Nationalen Sicherheitsrat, eine politisch entscheidende Institution vor allem dann, wenn State Department und Pentagon nicht auf einer Linie liegen. Das war in der INF-Frage leider der Fall. Kein Wunder, daß sich in dieser Situation die Gesichtspunkte der intakten Pentagonführung auf amerikanischer Seite durchsetzen konnten. Die neue deutsche Bundesregierung war weder bereit noch in der Lage, ihr Gewicht in dieser kritischen Verhandlungslage zur Geltung zu bringen.

Berechenbarer Partner im Bündnis

So schwer es auch ist: Die Bundesrepublik muß ein berechenbarer Partner im westlichen Bündnis bleiben und zugleich ihr Gewicht beim Interessenausgleich zwischen Ost und West zum Tragen bringen. Neutralistisches Gehabe würde sie letztlich in Ost und West diskreditieren und dazu beitragen, gefährliche Instabilität in Mitteleuropa auszulösen. Was not tut, ist eine eigene, selbstbewußte Rolle, wenn möglich zusammen mit der DDR und den Nachbarn der Deutschen in Ost und West, zur Stabilisierung in Mitteleuropa. Weder der Sowjetunion noch den USA kann daran gelegen sein, auf Dauer Verhältnisse aufrechtzuerhalten, die sich zu existenzgefährdenden Krisen entwickeln können. In diesem Sinne muß die Bundesrepublik auch für die Sowjetunion berechenbar bleiben und Stützpfeiler der gemeinsamen Sicherheit zwischen Ost und West sein. Verdächtigungen hinsichtlich der Rolle der Deutschen in Europa pflegen sich dann schnell zu legen, wenn deutlich wird, daß es nicht um die Veränderung des bestehenden politischen und militärischen Gleichgewichts geht, sondern um dessen Stabilisierung in der Zukunft.

Hans-Jochen Vogel

Für eine neue Entspannung:
Die Position der Sozialdemokraten

I

Die Bundesrepublik Deutschland in die internationale Staatengemeinschaft eingeführt und sie zu einem geachteten und verlässlichen Partner des westlichen Bündnisses gemacht zu haben, war das außenpolitische Ergebnis der 50er Jahre. Ein entsprechender Ausgleich mit den östlichen Nachbarstaaten gelang damals allerdings nicht. Spätestens zu Beginn der 60er Jahre erwies sich das Fehlen geordneter Beziehungen zu den Staaten Osteuropas, die Fortdauer des durch das den Zweiten Weltkrieg verursachten Mißtrauens und die aus der ungelösten deutschen Frage resultierende latente politische Spannung als wachsende Belastung für die Beziehungen zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Die Zurückhaltung der Bundesregierung gegenüber Osteuropa drohte angesichts der von dem amerikanischen Präsidenten Kennedy entwickelten Entspannungspolitik, die Bundesrepublik in eine gefährliche außenpolitische Isolation zu führen. Die letzten Regierungsjahre von Bundeskanzler Adenauer und die Regierung Erhardt waren – außenpolitisch – von dieser Krise überschattet. Dies war die Ausgangslage für die sozialdemokratische „Ostpolitik“, wie sie seit den 60er Jahren von Willy Brandt, Egon Bahr und später von Helmut Schmidt entwickelt und realisiert worden ist.

Bei ihren Bemühungen um eine Verständigung mit den Staaten Osteuropas gingen Sozialdemokraten von der Erkenntnis aus, daß die Haltung „alles oder nichts“, wie sie für die Jahre des Kalten Krieges kennzeichnend war, weder deutschen Interessen noch dem Frieden Europas gedient hatte. Die sogenannte „Politik der Stärke“ hatte die Wiedervereinigung keinen Schritt vorangebracht, aber Illusionen erhalten und genährt, die den politischen Realitäten nicht mehr entsprachen. Das konkrete Ergebnis dieser Politik bestand vielmehr darin, daß eine gefähr-

liche Spannung zwischen den Staaten Osteuropas und der Bundesrepublik aufrechterhalten wurde, die immer wieder die Gefahr heraufbeschwor, in einen offenen Konflikt umzuschlagen. Die verschiedenen Berlin-Krisen und der Bau der Berliner Mauer 1961 waren der sichtbarste Ausdruck für die Sackgasse, in die diese Politik geführt hatte.

Um die Außenpolitik der Bundesrepublik in den beginnenden Entspannungsprozeß einzubetten und um die Stagnation der ungelösten Deutschlandfrage zu überwinden, mußte der Versuch unternommen werden, das Verhältnis zu den Staaten Osteuropas zu normalisieren, ohne die Bindungen an den Westen in Frage zu stellen. Der Schlüssel für den Neuansatz der „Ostpolitik“ lag in der Überwindung des bestehenden Spannungsverhältnisses mit dem Ziel, den Frieden im Zentrum Europas sicherer zu machen. Hierzu wurde an die amerikanische Auffassung angeknüpft, daß die kommunistische Herrschaft in Osteuropa nicht beseitigt, aber beeinflußt werden kann, und daß die Voraussetzung für jede außenpolitische Veränderung in der Anerkennung des bestehenden territorialen Status quo liegt.

Für diesen Ansatz wurde in der Bundesrepublik der Begriff „Wandel durch Annäherung“ gefunden. Er beinhaltet nicht eine Angleichung der Ideologien oder Gesellschaftssysteme zwischen den west- und osteuropäischen Staaten, wie die Gegner dieses Konzeptes immer wieder behaupteten. „Wandel durch Annäherung“ setzte die Unvereinbarkeit der Gesellschaftssysteme geradezu bewußt voraus und hielt an ihnen fest. Diese neue Politik sah dagegen das fühlbare Ansteigen von Reformverlangen in den sozialistischen Staaten und versuchte, diese Veränderungsbereitschaft auch für die Außenbeziehungen fruchtbar zu machen. Durch die Anerkennung der bestehenden Grenzen in Osteuropa sollte das Feindbild Bundesrepublik Deutschland als Hort des Revanchismus und die mit diesem Feindbild begründeten Pressionen nach innen und außen abgebaut werden. Eine Intensivierung der Beziehungen, vor allem auf dem Handelssektor, sollte neue Lebensperspektiven für die Menschen in den Staaten Osteuropas eröffnen und langfristige Änderungen veranlassen. Das Konzept „Wandel durch Annäherung“ nahm die Stabilisierung der bestehenden Regime bewußt in Kauf, um eine entspannte Atmosphäre zu erreichen, die es als unabdingbare Voraussetzung für eine Stabilisierung der politischen Beziehungen und eine Stärkung der Friedensfähigkeit in Europa erforderte. „Wandel durch Annä-

herung“ zielte darauf, eine größere Durchlässigkeit der Grenzen einschließlich der Berliner Mauer zu ermöglichen.

Der Kernpunkt der ostpolitischen Initiative der ersten sozialliberalen Bundesregierung lag also in der Stärkung der Friedensfähigkeit im Zentrum Europas. Sie wurde in der gegenseitigen Bereitschaft zum Gewaltverzicht gefunden. Deshalb bildet die Gewaltverzichts-klausel in den zwischen 1970 und 1972 abgeschlossenen „Ostverträgen“ die politische Grundlage für die Normalisierung und Entwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen mit den Staaten Osteuropas. Mit der Bereitschaft zum Gewaltverzicht verpflichteten sich beide vertragschließenden Parteien, ihre Streitfälle ausschließlich mit friedlichen Mitteln zu lösen sowie sich in ihren gegenseitigen Beziehungen und in Fragen, die die Sicherheit in Europa wie die der internationalen Sicherheit berühren, der Drohung mit Gewalt und der Androhung von Gewalt zu enthalten. Indem dieser Gewaltverzicht mit den Staaten Osteuropas vereinbart wurde, verfiel auch die Wirkung der sogenannten „Interventionsklausel“ der UN-Charta, genauso wie sie durch die Londoner Schlußakte von 1954 in dem Verhältnis der westlichen Siegermächte zu der Bundesrepublik praktisch bedeutungslos geworden war.

Der außenpolitische Erfolg dieser ersten Phase der Ostpolitik lag darin, daß mit der Sowjetunion, den anderen osteuropäischen Staaten und der DDR ein Vertragswerk zustande kam, das eine vertrauens- und deshalb friedenssichernde Wirkung besitzt und gleichzeitig realistische deutsche Interessen fördert. Hierzu gehörte eine Stabilisierung des Status von Berlin genauso wie die Aussöhnung mit Polen und die Aufnahme von Beziehungen zur DDR.

Dieses umfassende Friedensangebot der deutschen Ostpolitik war jedoch nur auf der Grundlage der Verankerung der Bundesrepublik in die westliche Staatengemeinschaft möglich. Diese Einbindung wurde nicht nur durch die aktive Mitarbeit der Bundesrepublik im Nordatlantischen Bündnis, sondern auch durch eine enge Koordinierung zwischen der Entspannungspolitik Washingtons und der von der Bundesrepublik verfolgten Ostpolitik erreicht. Das Nordatlantische Bündnis hatte in den 60er Jahren Aufgabe und Funktion der westlichen Verteidigungsallianz neu durchdacht und definiert. Die in dem Harmel-Bericht von 1967 niedergelegte Aufgabenstellung hielt für die Allianz zwei Hauptfunktionen fest, die gleichzeitig nebeneinander bestehen und sich gegenseitig bedin-

gen. Sie liegen in der Gewähr einer ausreichenden militärischen Stärke zur Abwehr und Abschreckung von Aggression sowie anderen Formen der Druckanwendung und in der Entwicklung dauerhafter Beziehungen zu den Mitgliedern des anderen Militärblocks zur Lösung grundlegender politischer Fragen. Die westliche Allianz unterstrich damals, daß militärische Sicherheit und politische Entspannung eine Einheit bilden. Von den innenpolitischen Gegnern der deutschen Ostpolitik ist gerade dieses Mandat der westlichen Verteidigungsallianz bei der Realisierung der Ostpolitik immer wieder übersehen oder in Abrede gestellt worden.

II

Mit der Unterzeichnung des Viermächte-Abkommens über Berlin 1970, dem Moskauer Vertrag 1970, dem Warschauer Vertrag 1970, dem Grundlagenvertrag von 1972 und den Verträgen zwischen der Bundesrepublik und den anderen osteuropäischen Staaten wurden die mit der ersten Phase der Ostpolitik aufgestellten Ziele erreicht. Diese Verträge hatten eine normalisierende, stabilisierende und eine friedenssichernde Wirkung. Sie bildeten den Abschluß der außenpolitischen Diskussion, die die Bundesrepublik die ganzen 60er Jahre durchgezogen hatte.

Die Ostverträge eröffneten jedoch zugleich eine Perspektive und drängen dazu, die Normalisierung der Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten zur Lösung politischer Probleme zu nutzen. Eine realistische Einschätzung der deutschen politischen Lage erforderte die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen genauso wie eine konkretere Ausgestaltung von Maßnahmen zur Friedenssicherung im Zentrum Europas. Die sozialliberale Bundesregierung unter Bundeskanzler Helmut Schmidt sah es als einen ihrer außenpolitischen Schwerpunkte an, diese inhaltliche Ausgestaltung der durch die Ostverträge neugeschaffenen Möglichkeiten zu nutzen.

Die ist bis 1982 in bilateraler Hinsicht in überzeugendem Umfang gelungen. Allein ein Blick auf die Handelsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und den osteuropäischen Staaten verdeutlicht, daß bereits Mitte der 70er Jahre die Bundesrepublik in dem Handel mit den Staaten des RGW unter allen nichtsozialistischen Staaten an erster Stelle rangierte. Die wachsenden Handelsbeziehungen fanden besonde-

ren Ausdruck in dem langfristigen Wirtschaftsabkommen, das zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR 1978 geschlossen werden konnte und das die Wirtschaftsbeziehungen beider Staaten über 25 Jahre regelt. Mit Polen wurde eine Aussöhnung in Gang gesetzt. Darüber hinaus gelang es, die Berührungsängste zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der DDR spürbar abzubauen und durch wachsende Kontakte auf vielen Ebenen abzulösen. Der Besuch von Bundeskanzler Helmut Schmidt in der DDR 1981 war der sichtbarste Ausdruck für das veränderte Klima; er hat Impulse gegeben, die noch heute wirken.

Ähnlich positiv entwickelten sich zu Beginn der 70er Jahre die internationalen Bemühungen um Entspannung. Bilateralen Rüstungsabkommen zwischen den Supermächten (ABM-Vertrag und SALT I) folgten zwei blockübergreifende Konferenzvorhaben, die sich um die Realisierung der Entspannung in Europa bemühten: Die MBFR-Verhandlungen in Wien und die KSZE-Konferenz in Helsinki 1975. Insbesondere die Schlußakte von Helsinki hatte bedeutende Ergebnisse für die Völker und Staaten Europas. Mit den in der Schlußakte niedergelegten Prinzipien wurde die Grundlage der Beziehungen zwischen Ost und West neu definiert und Perspektiven für einen wachsenden interkulturellen Austausch, für die Verwirklichung von Menschenrechten wie für vertrauensbildende Maßnahmen im militärischen Bereich eröffnet. Trotz mancher Schwierigkeiten und Rückschläge in Einzelbereichen hat diese KSZE-Konferenz zu einem langfristigen und andauernden Prozeß zur schrittweisen Verwirklichung der in der Schlußakte festgelegten Prinzipien geführt.

Sozialdemokraten haben diesen Prozeß nachhaltig unterstützt. Durch die Entwicklung von vertrauensbildenden Maßnahmen auf dem militärischen Gebiet zielt der KSZE-Prozeß auf die Reduzierung des militärischen Druckes entlang der Demarkationslinie zwischen NATO und Warschauer Pakt und auf die Rüstungsbegrenzung und Abrüstung. Durch das anhaltende Wettüben der Supermächte geriet dieser Prozeß jedoch ins Stocken. Deshalb konnte es nicht überraschen, daß die Weiterentwicklung der Ostpolitik mehr und mehr dahingehend verstanden wurde, die positiven, in den bilateralen Kontakten gewonnenen Erfahrungen so zu nutzen, daß sie im Sinne von Entspannung auch Lösungen zum Abbau der durch die militärische Konfrontation bedingten Probleme aufzeigen. Für diese Weiterentwicklung der Entspannungspolitik

im militärischen Bereich entwickelte Helmut Schmidt den Begriff der „Sicherheitspartnerschaft“, den er 1978 zum ersten Mal in einer Rede vor den Vereinten Nationen verwandelte.

Die damalige auf Entspannung ausgerichtete Weltlage war für die Erfolge der Ostpolitik günstig. In der Phase der Entspannung, die sich nach der Kuba-Krise durchgesetzt hatte, waren die beiden Supermächte von der Politik des Kalten Krieges abgerückt und hatten den Versuch unternommen, zu einem Modus vivendi und Interessenausgleich zu gelangen. Aber schon gegen Ende der 70er Jahre gab es zwischen Moskau und Washington wieder zunehmende Irritationen. Und durch den sowjetischen Einmarsch in Afghanistan veränderte sich das internationale Klima vollständig. Der Olympiaboykott sowie der Streit um die sowjetischen Mittelstreckenraketen SS 20 und die amerikanischen Pershing II und Cruise missiles erweiterten die Kluft zwischen den beiden Supermächten. Diese Spannung ließ eine Sprachlosigkeit entstehen, die für den Weltfrieden gefährlich wurde. Bundeskanzler Helmut Schmidt war es mit seiner Moskau-Reise 1980 zwar noch einmal gelungen, die Supermächte zu Verhandlungen in Genf zu drängen. Als aber die Hoffnung auf eine Verständigung in Genf zerbrach und die Stationierung der Pershing II und der Marschflugkörper in Europa begann, erreichten die Ost-West-Beziehungen mit der sowjetischen Gegenrüstung einen absoluten Tiefpunkt. Entspannung war nicht mehr das politische Prinzip, an dem sich das Verhältnis der beiden Supermächte zueinander orientierte.

Die Gefahren, die sich aus einer solchen Situation für Europa, insbesondere für die Staaten an der Nahtstelle des Bündnisses ergaben, sind evident: Was in den 70er Jahren an Beziehungen zwischen Ost- und Westeuropa aufgebaut werden konnte, lief Gefahr, in einer erneuten Zuspitzung der unterschiedlichen Interessen Moskaus und Washingtons zugrunde zu gehen. Die menschlichen Erleichterungen, die wiederbelebten Handelsbeziehungen, der kulturelle Austausch hatten die Grenzen zwischen Ost und West zwar nicht aufgehoben, aber doch deutlich durchlässiger gemacht. Über den Ost-West-Gegensatz hinaus hatten die Völker Europas in der Entspannungsphase begonnen, sich auf ihre kulturellen und historischen Gemeinsamkeiten zu besinnen. Die niemals auszuschließende Gefahr eines militärischen Zusammenstoßes als Folge einer Konfrontation zwischen den Supermächten würde – das war allen Verantwortlichen in Europa inzwischen klar – diesen Kontinent in

Schutt und Asche versinken lassen. Eine Politik der Konfrontation zwischen den Supermächten drohte alle Ansätze, die einer solchen Gefahr entgegenwirkten, ins Gegenteil zu verkehren.

III

Auch die innenpolitische Entwicklung der Bundesrepublik zu Beginn der 80er Jahre erschwerte die Fortsetzung der Ostpolitik und führte dazu, daß von seiten der Bundesregierung keine neuen Initiativen mehr ausgingen. Die Wenderegierung unter Bundeskanzler Helmut Kohl trat zunächst mit dem erfreulichen Anspruch auf außenpolitische Kontinuität an. Die in der Regierungserklärung ausgesprochene Bereitschaft des neuen konservativen Bundeskanzlers zur Fortsetzung der bisherigen Ostpolitik war angesichts der eindeutigen Frontstellung der Unionsparteien gegen die Ostpolitik in den 60er Jahren ermutigend. Hatten sich die Unionsparteien doch zu Beginn der 70er Jahre nicht dazu durchringen können, den Ostverträgen im Deutschen Bundestag zuzustimmen. Sie blieben in ihrer ablehnenden Haltung so befangen, daß sie sich nicht einmal dazu entschließen konnten, den VN-Beitritt der Bundesrepublik oder der Schlußakte der KSZE-Konferenz von Helsinki ihr Placet zu geben. Das spätere Bekenntnis „pacta sunt servanda“ führender Vertreter der Unionsparteien konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß es der CDU/CSU in ihrer Oppositionszeit nicht gelang, die Ostpolitik als einen unverzichtbaren Teil deutscher Außenpolitik wirklich zu akzeptieren.

Die ostpolitischen Kontroversen innerhalb der neuen Koalitionsregierung und in den Unionsfraktionen selbst, die eine erstaunte Öffentlichkeit in den zurückliegenden drei Jahren zur Kenntnis nehmen mußte, enthüllten die Bereitschaft zur Fortsetzung der bisherigen Ostpolitik rasch als verbales Bekenntnis, das der politischen Substanz entbehrte.

Dies hatte schnelle und deutliche Folgen. Das deutsch-polnische Verhältnis wurde erneut durch eine öffentliche Diskussion um die Bindungswirkung des Warschauer Vertrages belastet, die der Fraktionsvorsitzende der Unionsparteien öffentlich in Abrede stellte. Interessierte Kreise entfachten eine Auseinandersetzung über die deutschen Grenzen von 1937 und zweideutige Äußerungen von Regierungsmitgliedern lie-

Ben den Eindruck entstehen, daß zumindest Teile der Union eine solche Diskussion für richtig und angemessen hielten. Die unwürdige Auseinandersetzung um das Schlesiertreffen 1985, zu dem der Kanzler seine Teilnahme zugesagt hatte, machte deutlich, daß Bundeskanzler Helmut Kohl nicht die politische Kraft besaß, diejenigen Tendenzen innerhalb der Union zurückzudrängen, die, im unionsinternen Sprachgebrauch als „Stahlhelm“-Gruppe bezeichnet, jede ostpolitische Initiative zu verhindern trachten. Auch die von Bundeskanzler Kohl erhobene Forderung nach einer zweiten Phase der Ost-West-Beziehungen, die Gegenstand der gemeinsamen Erklärung anläßlich der Moskauer Begegnung mit dem DDR-Staatsratsvorsitzenden im März 1985 gewesen war, wurde vom CSU-Vorsitzenden und den Entspannungsgegnern innerhalb der Union in einer für den Kanzler geradezu desavouierenden Form zurückgewiesen.

Selbst die Entwicklung der deutsch-deutschen Beziehungen wurde durch die unionsinternen Quertriebe zurückgeworfen. Gezielte Äußerungen aus der „Stahlhelm“-Gruppe lieferten Gründe für die Absage eines Besuches des DDR-Volkskammerpräsidenten Sindermann im Jahre 1985. Die Aufnahme offizieller Kontakte zwischen dem Bundestag und der DDR-Volkskammer wird mit fadenscheinigen Begründungen hinausgezögert. Die Verabschiedung einer gemeinsamen Entschliebung zur Deutschlandpolitik wurde im Deutschen Bundestag von den Entspannungsgegnern innerhalb der Union verhindert, obschon die Texte zwischen den Fraktionsvertretern ausgehandelt und vereinbart waren. Es war und bleibt einer berechenbaren und aktiven deutschen Außenpolitik mehr als abträglich, wenn die Führung der größten Fraktion im Deutschen Bundestag zum Jahresende 1985 nur mit Mühe eine offene Auseinandersetzung zwischen den Entspannungsgegnern der „Stahlhelm“-Gruppe und den „Genscheristen“, die von einer Rückwärtswende in der Ostpolitik abraten und behutsame Initiativen befürworten, verhindern konnte.

Die außenpolitische Berechenbarkeit der Bundesregierung wird auch nicht dadurch verbessert, daß gleichzeitig einzelne Unionspolitiker umfangreiche Kredite an die DDR vermitteln. Die gespaltene ostpolitische Praxis der unionsgeführten Bundesregierung liegt insbesondere darin, daß sie ausdrücklich die Brückenfunktion der Bundesrepublik Deutschland in Abrede stellt und glaubt, sich auf bilaterale Handelsbeziehungen

beschränken zu können. Sie vernachlässigt damit bewußt ein Politikfeld, das die sozialliberale Bundesregierung so erfolgreich zum Träger der Entspannungsbemühungen gemacht hat. Indem die unionsgeführte Bundesregierung ihre Haltung ausschließlich an den politischen Vorgaben der Washingtoner Administration orientiert und auf jede abrüstungspolitische Initiative im Ost-West-Verhältnis verzichtet, verliert sie Einwirkungsmöglichkeiten zur Wahrung deutscher und europäischer Interessen.

Der Mangel an außenpolitischer Berechenbarkeit und die wachsende außenpolitische Einseitigkeit der Bundesregierung haben zunächst dazu geführt, daß das Gewicht und das Ansehen der Bundesregierung als interessanter und wichtiger Partner spürbar zurückgegangen ist. Entspannungsgegner in den sozialistischen Staaten haben die konfuse Haltung innerhalb des Unionslagers benutzt, um die Bundesregierung mit einer neuen Revanchismuskampagne zu überziehen. So deutlich diesem Vorwurf widersprochen werden muß, gilt es auch, den Tendenzen in der Union entgegenzuwirken, die die Aufarbeitung der Ostpolitik unterbinden und stattdessen in die ostpolitische Abstinenz der 50er Jahre zurückfallen möchten.

IV

Aus ihrer positiven Erfahrung der Ostpolitik für die Menschen in beiden deutschen Staaten wie für die Sicherung des Friedens in Europa haben sich Sozialdemokraten in der Opposition bewußt entschieden, diese Politik aktiv weiterzuführen. Dabei kennen sie die Grenzen, die der Bundesrepublik als Mittelmacht gezogen sind und behaupten nicht, daß sie diese Ansätze allein entwickeln oder durchsetzen können. Grundlage sozialdemokratischen Bemühens zur Friedenssicherung bleibt die Einbindung in die westliche Staatengemeinschaft und das Atlantische Bündnis. Töricht ist deshalb der von der Union immer wieder vorgebrachte Vorwurf des „Antiamerikanismus“ gegenüber der SPD. Die Ostpolitik wäre ohne die Zugehörigkeit zu dem Bündnis und ohne dessen Unterstützung unmöglich gewesen. Wollte die Bundesrepublik sich aus dem Bündnis lösen, stünde sie rasch allein und isoliert. Der deutsche Einfluß gegenüber den beiden Weltmächten, aber auch gegen Europa würde nicht gestärkt, sondern empfindlich geschwächt. Das langfristige Ziel einer euro-

päischen Friedensordnung ist durch einen deutschen Sonderweg nicht erreichbar.

Das Bündnis ist allerdings kein Selbstzweck. Oberste Richtschnur auch in der zweiten Phase der Ostpolitik bleibt die Wahrung des Friedens in Europa. Das sind die Politikfelder, die in der Forderung nach dieser zweiten Phase der Entspannungspolitik zusammenwirken: Eine Konzentration auf Maßnahmen zur militärischen Entspannung einschließlich einer aktiven Strategiediskussion, einer Fortentwicklung der politischen Beziehungen und der Zusammenarbeit mit den Führungen der sozialistischen Staaten, um konkrete Entspannungsschritte auszuloten, und eine aktive Deutschlandpolitik zum Wohle der Menschen in beiden deutschen Staaten und zum Erhalt der Geschichts-, Kultur-, Sprach- und Gefühlsgemeinschaft. Dabei ist eines klar: Nur ein stabiler Friede schafft die Voraussetzung für die Verwirklichung der Menschenrechte.

Die sozialdemokratischen Vorschläge zur militärischen Entspannung gehen davon aus, daß Sicherheit nur noch miteinander, nicht mehr gegeneinander gewährleistet werden kann. Dies ist der Kern des von Helmut Schmidt geprägten Begriffs der Sicherheitspartnerschaft, der in der Folge zu einem umfassenden Konzept weiterentwickelt worden ist. Sicherheitspartnerschaft geht nicht davon aus, daß es zwischen den potentiellen Gegnern einen breiten Gleichklang der Interessen gibt. Den gibt es nur in dem gemeinsamen Interesse am Überleben. Sicherheitspartnerschaft bedeutet nicht, bestehende Differenzen zu leugnen und zu übersehen. Sozialdemokratische Politik ist es vielmehr, auf der Grundlage des gemeinsamen Interesses am Überleben, Gegensätze offen auszusprechen und zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, sie dann auch gemeinsam zu überwinden und abzubauen.

Es geht dabei aber nicht nur um Vereinbarungen von Maßnahmen der Art, wie sie gegenwärtig bei der KVAE oder im Rahmen der MBFR-Verhandlungen erörtert werden. Vertrauensbildung ist sowohl im Rahmen der zentralen Abrüstungsverhandlungen wie auf Feldern denkbar, die nicht spezifisch sicherheitspolitisch orientiert sind. Maßnahmen im Bereich der Wirtschaft, des Handels, der Kultur, der zwischenmenschlichen Beziehungen, im Bereich der Menschenrechte sind ebenfalls geeignet, Feindbilder und vorhandenes Mißtrauen abzubauen und die Beziehungen der Völker Europas untereinander zu festigen. Ein derart um-

fassender Ansatz heißt nichts anderes als eine konkrete Fortsetzung des KSZE-Prozesses.

Gerade im Bereich des Krisen-Managements und der Vertrauensbildung kommt den kleineren und mittleren europäischen Staaten in den beiden Bündnissystemen heute eine wichtige Mittlerrolle zu. Ich kann hier nur Mátyás Szűrös, dem Sekretär des ZK der ungarischen sozialistischen Arbeiterpartei zustimmen, der in einem Interview 1984 auf die besondere Rolle der kleineren und mittleren europäischen Staaten in beiden Bündnissystemen hingewiesen hat. Diese Länder – so Szűrös – könnten den Prozeß der Entspannung günstig beeinflussen und Perspektiven auch für die Verbesserung des Verhältnisses zwischen der Sowjetunion und den USA eröffnen.

Sozialdemokraten sind bewußt nicht bei der Aufstellung von Konzeptionen und Forderungen stehengeblieben. Aus ihrer Oppositionsrolle heraus haben sie nach Möglichkeiten gesucht, in politischen Kontakten mit den Führungen der sozialistischen Staaten Osteuropas auszuloten, wie und auf welchen Feldern Entspannungsforderungen konkret realisiert werden können. Aus diesem Anlaß hat die SPD-Bundestagsfraktion zusammen mit den Führungen verschiedener sozialistischer Staaten Osteuropas Arbeitsgruppen eingerichtet.

Eine solche Arbeitsgruppe mit der DDR-Führung konnte bereits einen gemeinsamen Vorschlag für eine chemiewaffenfreie Zone in Europa erarbeiten, der einen ersten Schritt zu einem weltweiten Verbot chemischer Waffen darstellt. Neuland wurde bei diesen Gesprächen vor allem in der Frage der Verifikation von Abrüstungsverträgen betreten. Mit der DDR-Führung wird jetzt das viel kompliziertere Problem der Errichtung eines nuklearfreien Streifens in Zentraleuropa in Weiterentwicklung der Überlegungen der Palme-Kommission besprochen.

In einer gemeinsamen Erklärung der Arbeitsgruppe zwischen der SPD-Bundestagsfraktion und der polnischen Führung wurde ein allgemeiner Rahmen für vertrauensbildende Maßnahmen in Europa definiert. Bedeutsam in diesem Zusammenhang ist die Vorstellung beider Staaten, daß politische Maßnahmen wie die Vereinbarung eines Gewaltverzichtes oder der Verzicht auf den Ersteinsatz konventioneller wie nuklearer Waffen mit der Vereinbarung konkreter vertrauensbildender Maßnahmen im militärischen Bereich verknüpft werden müssen.

Im Rahmen einer Arbeitsgruppe mit der Führung der Sowjetunion

finden Gespräche über die Transparenz der Militärhaushalte und über die Verknüpfung von Abrüstung und Hilfe für die Dritte Welt statt. Mit der Tschechoslowakei sprechen wir über Fragen des Umweltschutzes und mit Ungarn über Wirtschaftsbeziehungen.

Sozialdemokratische Deutschlandpolitik ist durch drei grundlegende Zielsetzungen gekennzeichnet: Sicherung des Friedens, Linderung der Folgen der Teilung und Wahrung der Gemeinschaften, die für eine Nation konstitutiv sind. Niemand bestreitet die Erfolge, die die SPD-geführte Bundesregierung mit ihrer Deutschlandpolitik erreicht hat. Reise- und Begegnungsmöglichkeiten wurden in einem Umfang erweitert, den nach dem Bau der Mauer vor 25 Jahren niemand für möglich gehalten hätte. Die so gestärkte Kommunikation zwischen den Menschen in beiden deutschen Staaten hat nicht nur zur nüchterneren Betrachtung auf beiden Seiten geführt und gegenseitige Vorurteile abgebaut, sondern ist eine wichtige Voraussetzung dafür, daß die Deutschen ihr nationales Zusammengehörigkeitsgefühl, ihre Gefühls-, Sprach-, Kultur- und Geschichtsgemeinschaft konkret erfahren können. Zugleich bedeutet auch jedes private Gespräch ein Stück Informations- und Meinungsfreiheit für die Bürger der DDR.

Auch wenn es zwei Feiern zum 750. Gründungstag der Stadt Berlin geben wird, sind der 1983 begangene 500. Geburtstag Martin Luthers, das J. S. Bach-Jahr oder die von vielen als bemerkenswert eingestuften jüngsten Erkenntnisse der DDR-Geschichtswissenschaft beredete Zeugnisse der gemeinsamen Geschichte des deutschen Volkes.

Der Besuch, den der DDR-Volkskammerpräsident Sindermann im Februar 1986 der SPD-Bundestagsfraktion nach Überwindung mancher Hindernisse abstattete, hat gezeigt, daß es noch viele Entwicklungsmöglichkeiten für die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik gibt. Der Grundlagenvertrag bleibt ein sicheres Fundament, dessen Vereinbarungen über Zusammenarbeit und ständige Konsultationen insbesondere über friedenspolitische Fragen noch lange nicht ausgeschöpft sind.

Voraussetzung für den Erfolg dieser Politik ist, die DDR als Staat zu akzeptieren, mit ihr auf der Grundlage der Gleichberechtigung umzugehen, und die territorialen Gegebenheiten in Europa zu akzeptieren. Angesichts der Einbindung beider Staaten in verschiedene Bündnisse, der Gegensätzlichkeit ihrer gesellschaftlichen Systeme und der Nichtüber-

reinstimmung in verschiedenen Grundsatzfragen, wie zum Beispiel der Frage der Staatsbürgerschaft, bedarf es der Geduld und der Beharrlichkeit in der Deutschlandpolitik. Die Bundesrepublik kann dabei nicht nur Forderungen an die DDR richten, sie muß auch die Interessen dieses Staates berücksichtigen und deren Realisierungsmöglichkeiten einzuschätzen wissen. Nur so ist im Geben und Nehmen, im Ausgleich der Interessen – ist Fortschritt möglich. Deshalb wäre es vernünftig, wenn die Bundesregierung die mögliche Einigung über die Elbe-Grenze realisieren, durch eine offizielle Erklärung über die Respektierung der DDR-Staatsbürgerschaft in dem durch das Grundgesetz gezogenen Rahmen eine überflüssige Diskussion beenden und die Auflösung der Erfassungstelle in Salzgitter in Gang setzen würde. Das würde die Durchsetzung unserer Wünsche und Interessen nicht erschweren, sondern erleichtern.

Es ist mehr als ein Versäumnis, daß die derzeitige Bundesregierung friedenspolitische Fragen aus dem deutsch-deutschen Dialog ausklammern möchte. Eine solche Politik erweist sich gerade in den letzten Wochen als zunehmende Belastung, nicht nur für die Beziehungen zur DDR. Sie ist eine schwerwiegende Vernachlässigung unseres eigenen Interesses an Abrüstungsbemühungen und Friedenssicherung.

Das Kommuniqué vom Werbellin-See ist bis heute ein wichtiges politisches Dokument geblieben. Hier haben Helmut Schmidt und Erich Honecker Ende 1981 beschrieben, welche Aufgaben sich für beide Seiten stellen. Friedenssicherung, Kultur- und Jugendaustausch, Umweltschutz – um nur wenige Beispiele zu nennen – sind Gebiete, die in Erfüllung dieser Aufgabenstellung aufgegriffen und verwirklicht werden müssen. Hier ist durch den Regierungswechsel die Kontinuität offenbar erlahmt. Jeder Versuch der Bundesregierung jedoch, auf der Grundlage des Kommuniqués vom Werbellin-See die deutsch-deutschen Beziehungen weiterzuentwickeln, kann mit der uneingeschränkten Unterstützung der Sozialdemokraten rechnen.

Bei allem was in der Deutschlandpolitik zu tun ist, muß sorgfältig auf das gehört werden, was die Bevölkerung der DDR erwartet; gerade weil die Gemeinschaft mit den Menschen in der DDR so wichtig ist, ist es nötig, sich wieder und wieder die einfache Frage zu stellen: Hilft das, was im Verhältnis zu Ostberlin und zur DDR getan und gesagt wird, den Deutschen, die dort leben? An die Menschen in der DDR und ihre Wünsche ist auch bei den Anstrengungen bei der Friedenssicherung insbe-

sondere bei den Anstrengungen zur Beendigung des atomaren Wettlaufes zu denken. Es bleibt bei der Feststellung: Von deutschem Boden darf nie wieder Krieg ausgehen.

Mit dem Gipfeltreffen im Herbst 1985 in Genf haben die Ost-West-Beziehungen abermals einen neuen Impuls erhalten, und es ist der Versuch unternommen worden, eine neue Verständigung zwischen den Supermächten zu erreichen. Von beiden Seiten sind im Sinne von Genf Abrüstungsvorschläge unterbreitet worden, die weiterreichen als alle früheren. Die Sowjetunion spricht dabei von der Beseitigung aller Atomwaffen bis zum Jahr 2000; die Vereinigten Staaten fordern ihrerseits sogar einen Abbau der Mittelstreckenraketen bis 1990. Auch Überlegungen zur Reduzierung der konventionellen Waffen liegen inzwischen vor. Alle diese Vorschläge enthalten bemerkenswert neue Elemente. Dazu gehören

- das Angebot, alle sowjetischen und amerikanischen Mittelstreckenraketen zu beseitigen und den Abbau dieser Raketen nicht mehr von der Beseitigung der französischen und englischen Mittelstreckenwaffen abhängig zu machen;
- die Bereitschaft, internationale Kontrollen an Ort und Stelle zuzulassen und auch die Laboratorien solchen Kontrollen zu eröffnen. Diese Bereitschaft läßt auf sowjetischer Seite auf einem wichtigen Feld der Rüstungskontrolle eine Abkehr von früheren Positionen erkennen.

Sozialdemokraten begrüßen diese Vorschläge. Sie halten diese Verhandlungsangebote für einen Schritt in die richtige Richtung. Der mit dem Treffen in Genf vereinbarte neue Ansatz darf nicht erneut verschüttet werden. Die Fortsetzung der Atombombenversuche als Antwort auf das sowjetische Moratorium und die Beteiligung der Bundesrepublik an SDI haben die neueröffneten Chancen ohnehin schon wieder beeinträchtigt. Deshalb drängen wir zu ernsthaften Verhandlungen auf der Grundlage der jetzt unterbreiteten Vorschläge. Den Worten müssen endlich Taten folgen. Nur so wird es gelingen, eine zweite Phase der Entspannungspolitik zu verwirklichen. Das Wort – Der Frieden ist zwar nicht alles, aber ohne Frieden ist alles nichts – hat seine Bedeutung nicht verloren.